

Prügel für Kunden bei der ARGE in Bonn

von Hans-Jürgen Graf



Bonn - Eigentlich mutete es wie ein verfrühter Aprilscherz an, als am 31.3. 2008 in PR-Sozial dem Presseforum des Erwerbslosenforums der Bericht "Gewalttätiger Sicherheitsdienst prügelt Kunden aus der Arge Bonn" erschien. Aber? Wer würde darüber Scherze

machen? Ein solcher war es dann auch nicht, wie sich sehr schnell herausstellte.

Augenzeugen wendeten sich an die Öffentlichkeit, weil sie schockiert über das Vorgehen des Sicherheitsdienstes der Bonner Langzeitarbeitslosenverwaltung waren. Sie mussten mit ansehen, wie ein Kunde, der sich bei der Kundentheke beschwerte, dass jemand ohne Nummer vor ihm dran genommen wurde, nach einer verbalen Eskalation beiderseits von sogenannten "Securities" unter Schlägen zu einem Nebenausgang abgedrängt wurde und aus dieser Tür gestoßen wurde. Nun, es ist nicht so schwer verständlich wenn man die langen Wartezeiten bei so manchen Argen kennt, dass dann einmal jemand ungeduldig werden kann wenn eben jemand vorher dran genommen wird, der nicht einmal die sonst erforderliche Nummer gezogen hat.

Jedoch widersprechen sich da die Darstellungen der Augenzeugen in verschiedenen Berichten. Der WDR berichtete u. a. von diesem Ereignis. Einmal ist die Rede bei den Augenzeugen von absolut überzogenem Handeln der Bonner Arge bzw. ihrem Securitydienst, eine andere Augenzeugin meinte der Mann sei bereits vorher immer wieder aggressiv gewesen und die Dame von der Kundentheke hätte auch versucht ihm die Situation zu erklären. In beiden Fällen meine ich aber, ist solch eine Reaktion der Arge durch ihren Sicherheitsdienst deutlich überzogen. Eine Schulung der Mitarbeiter für diese angespannten Situationen, die eigentlich von Seiten der Argen vorausgesehen sind bei Leistungen die bis auf Null gekürzt werden könne ohne weiteren Ausgleich, scheint es hier wohl nicht zu geben?

„Wir haben uns durch die gesamte Situation sehr bedroht gefühlt. Zudem äußerte sich das Wachpersonal im Anschluss recht menschenverachtend zu dem Vorfall“, so eine Beteiligte, die sich während des Vorfalls in der ARGE aufhielt mit ihrem kleinen Kind aufhielt. Vielleicht erklärt sich der doch sehr zügige und kräftige Einsatz von Gewalt durch diese Schilderung einer Beteiligten die dies, lt. dem Bericht in PR-Sozial, äußerte? Jedenfalls steht diese Schilderung einer Augenzeugin im Widerspruch zu den Äußerungen des Leiters der Arge Bonn, Dieter Liminski, im Bericht des WDR - Lokalzeit Bonn. Hier erklärt der Liminski, dass die Mitarbeiter sehr wohl für solche Situationen geschult würden. Nun, dann drängt sich doch der Verdacht einer nicht erfolgreichen Schulung auf?

Prof. Berlit:

schwere verfassungsrechtliche Mängel bei Hartz IV

von Hans-Jürgen Graf

Nürnberg - Der Professor, dessen juristische Fachkommentare von den Gerichten immer wieder in ihren Entscheidungen angeführt werden und von denen reichlich Gebrauch gemacht wird, hat bereits im Jahre 2003 eine erste Fachstellungnahme zu den Entwürfen der Regierung zur Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe veröffentlicht. Dies berichtet Tacheles e. V. (www.tacheles-sozialhilfe.de) in einer Veröffentlichung aus dem Februar 2005.

Einige wesentliche Punkte aus dieser Fachstellungnahme des Prof. Berlit möchte ich hier in diesem Artikel aufzeigen, um auch sichtbar zu machen, dass durchaus bekannte Fachleute sich bereits vor der Einführung von Hartz IV, Gehör verschaffen wollten und auf die Verfassungswidrigkeit wesentlicher Bestandteile dieser Sozialgesetzgebung hingewiesen haben. Jedoch hat dies kein Medium wie Fernsehen, Radio

Fortsetzung von Seite 1 - "Prügel für Kunden bei"

Dieser Zwischenfall, jedenfalls der einzige der in so breiter Öffentlichkeit bekannt wurde, wirft für uns doch grundsätzliche Fragen auf. Als ehemaliger Sozialhilfeempfänger kann ich mich nicht erinnern je einen solchen Sicherheitsdienst auf den Fluren des Sozialamtes gesehen zu haben hier in meiner Region. Dort existierte nämlich so ein Dienst nicht und das trotzdem die Sozialämter seit Jahrzehnten existieren und ganz bestimmt schon mehrfach ähnliche Situationen erlebten, da ja auch dort Leistungen verweigert wurden und werden. Warum dann bei den Argen? Sind die Mitarbeiter tatsächlich nicht oder nur schlecht geschult für solche Extremsituationen? Oder werden wir als Kunden in die Kategorie der "potentiellen Gewaltbereiten" eingestuft? Wussten die Verantwortlichen bereits im Voraus, dass es diese Zwischenfälle immer häufiger geben wird und haben damit bereits kalkuliert?

Diese Vermutungen liegen doch sehr nahe angesichts der Tatsache, dass zumindest hier in Nürnberg der Sicherheitsdienst bei der Arge seit deren Entstehung oder kurz danach bereits eingerichtet war. Martin Behrsing, der Pressesprecher des Erwerbslosenforums, sprach von einer "neuen Qualität" des Ganzen. Ist es tatsächlich eine "neue" Qualität?



Inhalt:

Prügel für Kunden bei der Arge in Bonn	Titelseite und Seite 2
Prof. Berlit: Schwere verfassungsrechtliche Mängel bei Hartz IV	Titelseite, Seite 2 und 3
Die Würde des Menschen ist unantastbar!?	Seite 4, 5 und 6
HUNGERSTREIK - seit Anfang März	Seite 7 und 8
Impressum	Seite 8
Behindert - chronisch krank und ALG II	Seite 9
Rätsel	Seite 10

Fortsetzung von Seite 1 - "...schwere verfassungsrechtlich Mängel ..."

oder Zeitung aufgegriffen und der breiten Masse zugänglich gemacht. Der Gesetzgeber selbst, davon muss man ausgehen, wusste von der verfassungswidrigen Gesetzgebung und führte sie trotzdem durch.

So kritisiert Berlit, dass Arbeitslose gezwungen werden sollen, eine „Eingliederungsvereinbarung“ mit der Arbeitsverwaltung abzuschließen. Dies greife „unverhältnismäßig“ in die durch Artikel 2 Grundgesetz geschützte Vertragsfreiheit ein. Der Rückgriff auf die Vertragsform stelle einen „Formenmissbrauch des Gesetzgebers“ dar, dem auch das Sozialstaatsgebot nach Artikel 20 Grundgesetz entgegen stehe. Denn die Arbeitslosen würden damit einem „sanktionsbewehrten Zwang zur rechtsgeschäftlichen Selbstunterwerfung“ ausgesetzt. Zudem wird die Rechtsschutzgarantie nach Artikel 19 Grundgesetz in Frage gestellt. Denn den Arbeitslosen könne für den Fall, dass sie sich später gegen den Inhalt der Eingliederungsvereinbarung zur Wehr setzen, immer „ihre Zustimmung zum Vertrag entgegeng gehalten werden“. Dies ist nach Berlit's Ansicht um so gravierender, als nach den Gesetzesentwürfen „auch objektiv willkürliche, fachlich sinnwidrige oder solche Eingliederungsleistungsangebote, die vertretbare und Erfolg versprechende Eigenplanungen“ der Arbeitslosen „konterkarieren“, als „zumutbar“ gelten würden. Die Betroffenen hätten daher „keinen wirksamen Schutz“ vor „unqualifizierten, überforderten oder gar böswilligen Fallmanagern“ der Arbeitsverwaltung.

Doch der Professor geht in seinen Ausführungen noch weiter. *Nach den Gesetzesentwürfen müssen Arbeitslose, die momentan nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind, auch sonstige „Arbeitsgelegenheiten“ übernehmen,*

Weiter auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2 - "...schwere verfassungsrechtliche Mängel ..."

für die sie nur eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten - und zwar auch dann, wenn dies ihre Eingliederungschancen auf dem ersten Arbeitsmarkt nicht erhöht. Bei Ablehnung dieser Arbeiten sind verschärfte Sanktionen vorgesehen. Berlit wirft die Frage auf, ob solche Sanktionen nicht mit dem Verbot der Zwangsarbeit nach Artikel 12 Grundgesetz kollidieren könnten. Diese Frage stelle sich „zumindest“ dann, „wenn die Arbeitskraft nicht zu marktnahen Bedingungen eingesetzt werden soll“.

In seinen weiteren Ausführungen kritisiert Prof. Berlit sehr massiv, dass die reformierte Sozialhilfe und die neuen Leistungen "Grundsicherung für Arbeitssuchende" nicht "armutsfest" sind. Das Bedarfsdeckungsprinzip sei in vielen Fällen nicht gewährleistet obwohl es durch das Sozialstaatsgebot gefordert sei. Kritik übt er auch an der Pauschalierung vieler Leistungen und deren Einbeziehung in die Regelsätze. Hier meint Berlit, seien einige der Leistungen nicht "sinnvoll pauschalierbar" und wiederum so knapp bemessen dass für einmalige Sonderbedarfe kein Puffer vorhanden ist. Härtefallregelungen fehlten gänzlich.

Erhebliche Bedenken hat Berlit gegen die im Gesetzentwurf enthaltene Verordnungsermächtigung, die es dem Arbeitsminister erlauben würde, im Einvernehmen mit dem Bundesfinanzminister zu bestimmen, „welche Aufwendungen für Unterkunft und Heizung angemessen sind“. Diese Verordnungsermächtigung genüge nicht dem Bestimmtheitsgebot nach Artikel 80 Absatz 1 Grundgesetz. Also im Großen und Ganzen ein Gesetz mit Lücken, Ecken und Kanten die sogar in besonderer Weise grundrechtsverletzend erscheinen. Aber wie gesagt, dieser Kommentar war weder den Medien in Deutschland, noch der Bundesregierung selbst eine Veröffentlichung wert. Nun ja, niemand ist verpflichtet sich selbst zu belasten. Jedoch die, die es hätten an die Öffentlichkeit bringen können, die haben es nicht getan. Warum wohl?

Hartz IV, Grundsicherung, Sozialhilfe? Wo finde ich Mitbetroffene?

unter den folgenden Internetadressen
finden Sie
Mitbetroffene, können sich austauschen
und von
den Erfahrungen anderer lernen (Keine
Rechtsberatung!)

www.erwerbslosenforum.de

(Großes Downloadarchiv mit Musterschreiben
und -anträgen)

www.sozialbetrug.org

www.oktarion.net

Sie sind leidenschaftlicher Konsument von Hörspielen und -stücken? Sie interessieren sich schon ein bisschen dafür? Dann finden Sie bei www.oktarion.net garantiert auch ein Hörspiel für Ihren Geschmack. Besuchen Sie die Seite und laden Sie sich ein kostenloses Hörspiel herunter und genießen Sie. Genießen Sie kostenlos, Professionalität und Kreativität in der Produktion von Hörspielen, **jetzt!**



1. Todestag

**André Kirsch
aus Speyer**

**wir gedenken ihm in
Trauer und klagen die
Verantwortlichen an!**

**Vor einem Jahr verhungerte
André Kirsch aus Speyer
weil ihm die zuständige
Leistungsbehörde (Hartz
IV) die Leistung auf Null
kürzte, trotzdem er schwer
chronisch psychisch
erkrankt war.**

Die Würde des Menschen ist unantastbar!?

Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland:

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

von Hans-Jürgen Graf

Nürnberg - Wunderbare Worte, geschrieben am Anfang des Grundgesetzes für dieses Land, für sich gesehen; und es gibt sie tatsächlich noch, ja! Die Menschen in Deutschland, denen diese Worte sehr, sehr viel bedeuten und die für deren reelle Umsetzung kämpfen. Doch es sind nicht mehr viele? Hier und da begegnet man dem oder der einen oder anderen Person, die so denkt, fühlt und es ausspricht.

Nun, das Gefühl was eigentlich die Würde des Menschen bedeutet, das Verständnis was es heißt, wenn von unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten die Rede ist, ist uns allen ob groß oder klein, ob jung oder alt, über die Jahre und Jahrzehnte aberzogen worden. Aberzogen in kleinen Schritten, in Raten. Wer kann den Zeitpunkt bestimmen, wann die erste Entscheidung, der erste Beschluss, erging, der den Anfang für einen fortschreitenden Abbau des wahren Grundrechts- und Würdegefühls bei den Bürgern dieses Landes einläutete?

Mir persönlich erscheint immer wieder das Bild vor den Augen, als die Arbeitgeberverbände mit großem Wehklagen über das Land zogen und wohlfeil über ihre Organe, hier und dort, ausriefen ließen: "Die Löhne in Deutschland werden immer teurer, die Sozialabgabenlast ist für die Unternehmen nicht mehr tragbar". "Die Lohnempfänger müssen mehr Mitverantwortung für ihre Arbeitsplätze übernehmen. Sie müssen auf Feiertage, Urlaub, Weihnachtsgeld usw. verzichten. Nur so können wir den Standort Deutschland halten!"

"Die 35 bzw. 38,5 Stunden - Woche ist der reinste Jobkiller. Wie sollen dadurch Arbeitsplätze entstehen?". Ein besonders eifriger "Marktschreier" der Arbeitgeber war damals schon

Hundt. Nun, man begann die Rechte der Arbeitnehmer zu beschneiden. Kündigungsfristen wurden verkürzt, Zeitarbeitsverträge wurden Usus. Feiertage wurden gestrichen, die wöchentliche Arbeitszeit wieder verlängert, Urlaubsgeld gestrichen und Weihnachtsgeld so gut wie auf Null gekürzt. Wenn dies nicht möglich war, dann wurde es durch Versteuerung wieder einkassiert.

**AUFSCHREI IN DEUTSCHLAND?
Nein.**

"Kein Aufschrei? Nur wenig Gegenwehr?". Dann, so dachten sich wohl ebenfalls die damals schon wirtschaftshörigen Politiker und gewinngeilen Manager, können wir ja weitermachen. Allerdings nicht auf der Ebene der Arbeitnehmer, die haben noch zu viel Möglichkeiten sich zur Wehr zu setzen wie z. B. die Gewerkschaften, Streiks, Warnstreiks, spontane Arbeitsniederlegungen usw. Nun, man wählte den Umweg, der aber vielversprechender war zum weitgesetzten Ziel zu kommen. Es wurden die Sozialleistungen in Angriff genommen. Wieder traten die Marktschreier des Systems auf den Plan: "Wenn schon weniger Arbeitslosenversicherung usw. dann auch weniger Arbeitslosengeld!". "Arbeitslose dürfen sich nicht auf ihrer Leistung ausruhen, wer länger arbeitslos ist, ist nur zu faul zum suchen!" "Weniger Arbeitslosengeld gut, aber es reicht nicht. Um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen (hatte sie ihren Schwung eigentlich je verloren?) brauchen wir auch eine kürzere Bezugszeit für diese Leistungen". Hurtig, hurtig wurden Gesetze geschaffen, die die Bezugsdauer von ALG I auf 12 Monate beschränkten und die Leistung selbst um einige Prozentpunkte senkten.

Alles auch sehr einfach im politischen System unseres Landes, denn.....das VOLK hat nix zu sagen.

**AUFSCHREI IN DEUTSCHLAND?
Nein!**

weiter auf Seite -5-

Fortsetzung von Seite 4 - "Die Würde des Menschen ist ..."

Wiederum nur geringe Gegenwehr. Von Seiten der Hilfeempfänger schon überwiegend gar keine. Man hat so das Gefühl, dass sich hier Uninformiertheit, Unsicherheit, Angst und ein falsches Denken von Würde (ich beziehe doch keine Sozialhilfe oder so!), sich zu einem Konglomerat zusammenschließen, das dem Menschen der betroffen ist, die Handlungsfähigkeit nimmt. Dem, der nicht betroffen ist, kann sie nichts nehmen. Diese nicht betroffenen Menschen bewahren oft in großer Zahl noch das "althergebrachte" Denken in sich, dass Sozialhilfebezieher und auch ALG II-Bezieher, "Asoziale" sind. Allerdings herrscht auch hier wiederum ein "Menschenbild - Asozialer" vor, das nicht der eigentlichen Wortbedeutung gerecht wird.

ASOZIAL heißt ja eigentlich nichts anderes als NICHT-SOZIAL. Ein Individuum oder eine Gemeinschaft von Individuen eines gemeinsamen Staatswesens z. B., handelt so, dass sie die Rechte, Traditionen u. ä. der übrigen Mitglieder des gesamten Staatswesens nicht berücksichtigen und somit ihre eigenen Interessen über die der Gemeinschaft stellen. Nach dieser Erklärung meinerseits, ist eigentlich jeder von uns irgendwann in seinem Leben einmal asozial. Und seit geraumer Zeit erweisen sich die Politiker, Manager und Betriebswirtschaftler unseres Staatswesens, ebenfalls als solche nach dieser Erklärung. Meiner Ansicht nach, gibt es die sogenannten "Asozialen", wie wir darunter minderwertige Glieder der Gemeinschaft sehen, nicht. Sie haben nie existiert, sie existieren auch heute nicht.

Menschen, mit sozialen Problematiken egal welcher Herkunft, sind ein Spiegel der Gesellschaft, des Staatswesens, als Ganzes. Sie zeigen dessen Schwächen und Versagen auf. Sie sind der Pegel anhand dessen die Funktionalität und Effektivität eines Systems gemessen werden kann. Sehen wir dies nun bezogen auf die soziale Marktwirtschaft, so sind hohe Arbeitslosenzahlen, hohe Zahlen an Empfängern von Transferleistungen ein sicheres Zeichen, dass in diesem wirtschaftlichen System etwas ganz bestimmt nicht funktioniert. Und hier treffen wir uns wieder. Die "Asozialen" aus Politik und Wirtschaft verfolgen die Interessen weniger Individuen des Staatswesens (Gewinnsteigerungen, Massenentlassungen zur Gewinnoptimierung usw.). Sie möchten den sozialen Aspekt aus der Marktwirtschaft gänzlich heraus haben. Demgegenüber stehen die Rechte und Interessen derer, die über Jahrzehnte hinweg in dieses soziale System einbezahlt haben um dann, wenn sie von Transferleistungen oder auch sogenannten "Versicherungsleistungen" wie Arbeitslosengeld abhängig werden, zumindest eine existenzsichernde Leistung zu erhalten.

Diesen Status der existenzsichernden Leistung haben wir bereits unterschritten. Ganz bewusst, so meine Meinung, werden Menschen mit sozialen Problematiken wie langandauernde Arbeitslosigkeit, Behinderung, Krankheit, Alleinerziehende mit Kindern, Familien mit mehreren Kindern, Alter usw. in eine ganz bestimmte Ecke getrieben. Sie werden mit einer Leistung versehen, die keine Existenz im Standard eines reichen Industriestaates sichert. Und diese Leistung kann ihnen noch zu Teilen oder ganz entzogen werden ohne jeglichen Ausgleich. Diese Leistung wird keineswegs angepasst wenn Preissteigerungen stattfinden (Energiepreise). Besonders zynische Politiker entwerfen sogar Speisepläne für die Bezieher solcher Leistungen, die jeglicher realitätsnahen Basis entrückt sind, um eine "ausreichende Lebensführung" mit dem Regelsatz zu rechtfertigen. Bewusst werden Halbwahrheiten und Unrichtigkeiten durch Interviews und Talkshows gejagt, damit auch ein völlig der Realität entrücktes Bild von "solchen" Leistungsempfängern erzeugt wird. weiter

Seite -6-

3mnewswire.org
www.britishnewsflash.net
www.regionalhilfe.de

Produktionen von Andreas Klamm, Journalist, TV-Journalist, Moderator und Gesundheits- und Krankenpfleger. "Die Ziele von IBS Television Leeds (IBS Independent Broadcasting Service Leeds), gegründet 1986 in Leeds, West Yorkshire, England, Vereinigtes Königreich sind internationale Voelkerverstaendigung und die Unterstuetzung von behinderten Journalisten und freien behinderten Medienproduzenten in der Welt, ohne Ruecksicht, darauf wo diese Menschen leben oder arbeiten. Ein weiteres Ziel ist es, eine pluralistische Berichterstattung zu ermoeeglichen, die keineswegs der Meinung des Herausgebers entsprechen muss. Vielmehr geht es auch darum ueber gegensaeztliche Standpunkte zu einem oder mehreren Themen zu berichten."

Fortsetzung von Seite 5 "Die Würde des Menschen ist..."

Es wird immer wieder behauptet, dass Sozialhilfe- und ALG II-Bezieher sämtliche Kosten ihrer Wohnung, auch Strom, Kabelanschluss usw. bezahlt bekommen. Schlichtweg falsch und teilweise richtig. Strom wird nicht bezahlt, obwohl es bereits mehrere Urteile von Sozialgerichten gibt die den Satz an Stromkosten, der über den im Regelsatz enthaltenen knapp 20 Euro hinausgeht, als Kosten der Unterkunft sehen. Kabelanschluss wird nur bezahlt, wenn er mietvertraglich geschuldet ist. Genauso wenig wird Telefon bezahlt, Internetanschluss usw. Nun, da bleiben nicht 347 Euro zum Leben im Monat. Jedoch ist dies nur ein Teil der Politik, die an einem Abbau von Menschenrechten, Grundrechten und der Würde des Menschen arbeitet. Innenpolitisch wird ganz erheblich und teilweise sehr erfolgreich am Abbau der Grundrechte gearbeitet. Ein dienlicher Helfer und Geselle ist hier die Terrorangst. Erst vor ein paar Tagen wieder wurde ganz massiv davor gewarnt, dass Deutschland auf der Anschlagliste von dieser Terrororganisation Al Kaida auf einem der ersten Plätze sei und man Gegenmaßnahmen ergreifen müsse. Nun, Herr Schäuble scheint immer dann dieses Register auf der innenpolitischen Orgel zu ziehen, wenn ihm eine Schlappe vor dem höchsten Gericht bevorsteht oder ihn ereilt hat. Er möchte halt so gerne einen Staat, in dem er alle und alles überwachen kann. Viele Knöpflein drücken, Gespräche belauschen, manches Schlafzimmer ausspionieren, ist das denn so interessant, Herr Schäuble?? Wozu hat RTL II denn Big Brother eingerichtet?

AUFSCHREI IN DEUTSCHLAND? Nein!

Nun, ich denke in diesem Land ist noch nie eine wirkliche Definition gemacht worden, was "Würde des Menschen" eigentlich bedeutet. Ja, was bedeutet sie denn? Ist es, dass jemand hier leben kann, egal aus welchem Land er kommt und welche Hautfarbe er hat? Ist es, dass die Bürger des Staates ein Leben führen dürfen bei dem man sich abends schlafen legt und keine Angst hat was der Morgen wieder an Schikanen bringt? Ist es, dass ich einen Begleiter im Leben haben darf, den ich mir aussuche? Ist es, dass ich bei Krankheit angemessen behandelt werde? Ist es, dass mein Kind einen Hortplatz bekommt? Ist es, dass ich auch als ledige Mutter mich auf mein Kind freuen darf und nicht um dessen Zukunft bangen muss? Doch eigentlich all das, oder? Was ist die "Würde" des Menschen? Meiner Meinung nach ist sie die Individualität des Individuums in einer belastungsfähigen und tragfähigen Gemeinschaft. In einer Gemeinschaft leben zu können mit meinen Besonderheiten, mit einer Bereitschaft meinerseits auf die Besonderheiten der anderen Menschen Rücksicht zu nehmen. Unterstützt zu werden im Sinne des Gemeinwohls und im Sinne der Individualität des einzelnen Menschen. Alle Faktoren, die am Wohlergehen der Gemeinschaft

beteiligt sind (Politik, Wirtschaft, Kultur usw.) sind dazu aufgefordert, ihren Beitrag dafür zu leisten dass der Einzelne als Kranker, Behinderter oder anderweitig Benachteiligter in dieser Gesellschaft leben kann und nicht nur überleben kann. Das Leben in Würde orientiert sich an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Je weniger Teilhabe möglich ist, umso unwürdiger wird das Leben. Ein Staat wie die Bundesrepublik Deutschland bietet Teilhabe in multiplen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, wie z. B. in der Kultur (Theater, Kino, Musikdarbietungen, Fernsehen, Zeitung usw.). Und gehe ich nun von dem ganz einfachen Grundsatz demokratischen Verständnisses aus, dass jeder gleichviel bedeutet in diesem Staat (übrigens nicht nur kommunistisches Gedankengut, sondern auch verankert in vielen Glaubens- und Humanistikkbewegungen), so ist dann nur ein würdiges Leben gewährleistet, wenn auch der Benachteiligte in diesen Bereichen teilhaben kann. Wird er von dort ausgegrenzt durch fehlende Berücksichtigung in den Regelsätzen oder einem Satz der niemals für diese Belange ausreicht, dann ist meiner Ansicht nach die "Würde des Menschen" verletzt.

Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." Dieser Artikel ist, meiner Ansicht nach, spätestens seit der Regierung Kohl, Vergangenheit. Ganz offen hat dies Angela Merkel zugegeben, wenn sie sagt: "Wir haben wahrlich keinen Rechtsanspruch auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft auf alle Ewigkeit. Unsere Werte müssen sich auch im Zeitalter von Globalisierung und Wissensgesellschaft behaupten." - Rede zur 60-Jahr-Feier der CDU am 16. Juni 2005

AUFSCHREI IN DEUTSCHLAND? Nein!

Warum nicht?

HUNGERSTREIK seit Anfang März von Hans-Jürgen Graf

Gütersloh - Im Westfalen-Blatt, einer Zeitung für die Region Ostwestfalen-Lippe, berichten erstmals Stefan Rechlin und Wolfgang Wotke von Bernd Pfeifer (54), der sich seit Anfang März im Hungerstreik befindet. Er hat sich für diesen Schritt entschieden, da er von der zuständigen Hartz IV - Organisation, der GT-Aktiv GmbH nach eigenen Schilderungen, schikaniert wird.

Der gelernte Mediengestalter verlor nach 37 Jahren seine Arbeit in einer Kölner Druckerei. So zog er vor 2 Jahren zu seiner Freundin nach Gütersloh. Hier erhielt er zunächst für 12 Monate das Arbeitslosengeld I, jedoch über den gesamten Zeitraum kein einziges Stellenangebote der Agentur für Arbeit. Hunderte von Eigenbewerbungen wurden abgelehnt oder gar nicht beantwortet. Im Juni 2006 fiel Pfeifer dann unter die Bezieher von Arbeitslosengeld II (Hartz IV).

Seinen Eindruck ab jetzt, so schildert er ihn in dem Bericht, ist dass er meint die Behörde sei nicht dazu da ihm zu helfen, sondern ihn zu bekämpfen. Wochenlang blieb sein Antrag unbearbeitet. Er musste sich Geld von Freunden und Bekannten leihen um überleben zu können. Und als er es "wagte" bei seiner Leistungsabteilung nachzufragen wurde er barsch aus dem Zimmer gewiesen und ihm jegliche Auskunft verweigert, da er keinen Termin ausgemacht hatte. Er müsse diesen telefonisch vereinbaren. Diese Schikanen setzen sich noch fort und können im Originalartikel unter www.westfalenblatt.de/nachrichten/regional, nachgelesen werden.

Kurze Zeit darauf berichtet dieses Westfalenblatt wiederum, Pfeifer hätte seinen Hungerstreik beendet. So verlautet es im Forum www.sozialbetrug.org. Jedoch auf Nachfrage bei Pfeifer erfährt man hier, dass dieser Hungerstreik keineswegs beendet wurde. Unter www.sozialbetrug.org heißt es:

Die regionale Presse vom westfalen blatt schrieb im jüngsten kurzbericht, pfeifer hätte seinen hungerstreik beendet. Doch dieser berichtete heute Erwerbslosen nach Anfrage: "An meiner lage hat sich nichts geändert. Mir geht es immer schlechter. Wahrscheinlich werde ich meinen Kampf gegen die hartz-IV-gesetze verlieren, hoffe aber, dass

dann andere weitermachen."

Gütersloh/Bonn –Mittlerweile seit fünf Wochen befindet sich Berndt Pfeifer im Hungerstreik und sein Gesundheitszustand ist mittlerweile in einem alarmierenden dramatischen Zustand. Gegenüber dem Erwerbslosen Forum Deutschland sagte Pfeifer, dass er mittlerweile starke Schmerzen habe und sehr friert. »Es geht mir seit heute sehr schlecht und ich habe keine Hoffnungen, dass die GT-Aktiv einlenken wird. Sie nimmt meinen Tod in Kauf. Ich bin inzwischen alleine, weil meine Mitbewohnerin, die als Erzieherin bei der Stadt arbeitet, Druck bekommen hat, aus zuziehen«, so Pfeifer in einem Telefonat mit dem Erwerbslosen Forum Deutschland.

***Infos und Kontakt zu Berndt Pfeifer durch:
Martin Behrsing (0160/99278357)***

Aus Verzweiflung hat Bernd Pfeifer das Mittel des Hungerstreiks gewählt. Keine andere Möglichkeit sah und sieht er mehr. Er ist jetzt in einem Zustand, der als äußerst bedenklich bezeichnet werden kann und befindet sich, laut der letzten Meldung, jetzt im Krankenhaus. Dort jedoch setzt er seinen Hungerstreik fort. Er will, dass die Sanktionen, die ihm die Lebensgrundlage nehmen, zurückgenommen werden. Der Chef der zuständigen Hartz IV Behörde, Kupczyk, jedoch sieht keinerlei Handlungsbedarf und hüllt sich in Schweigen. Trotzdem er dort als Bürgermeisterkandidat aufgestellt ist,

weiter Seite -8-

***"Leben um zu
glauben - glauben um
zu leben"
von Hans-Jürgen Graf***

10 Euro, Paperback,
104 Seiten,
ISBN - 978-3-8370-1077-0
Erhältlich in den
Onlinebuchhandlungen
und unter der ISBN auch
im örtlichen Buchhandel

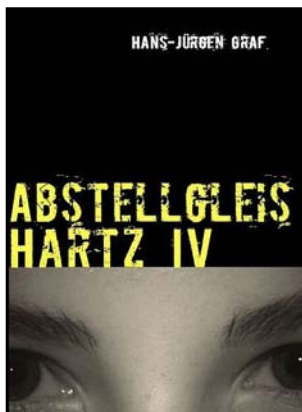


Fortsetzung "Hungerstreik" von Seite -7-

schweigt er. Kein gutes Bild, kein guter Charakter so meine Meinung.

Mit der Errichtung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland wurde der Schutz der Menschenwürde, das Sozialstaatsprinzip, der Gleichheitsgrundsatz und das Recht auf Leben als Individuum, aufgenommen. Diese Grundrechte können niemandem abgesprochen werden. Ich möchte mich an die Worte Dr. Martin Luther King's anlehnen: Hier haben die Väter der Verfassung einen Scheck ausgestellt für alle Menschen die unter der Fahne der Bundesrepublik, auf ihrem Territorium leben. Dieser Scheck kann nicht annulliert werden, er ist ein Schuldscheck für alle folgenden Regierungen ihre Politik nach diesen Grundsätzen auszulegen. Jede bisherige Regierung hat, meiner Ansicht nach, versucht von diesem Scheck wesentliche Abschnitte zu machen. Ein Volk ist leichter zu regieren, wenn ihm nicht viele Freiheiten gelassen werden. Heute ist man dabei, diesen Scheck gänzlich verbrennen zu wollen. Bestrebungen dieser Art kommen von innenpolitischer und sozialpolitischer Seite. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir das erste öffentlich gemachte Opfer von Hartz IV, in Speyer, zu beklagen gehabt. Von den vielen Menschen die im Schatten der Öffentlichkeit gegangen sind ganz zu schweigen. Ist nun hier Bernd Pfeifer das nächste Opfer, das auf dem Altar der neoliberalen Politik geopfert werden soll?

Wahrscheinlich ja, wenn nicht endlich jede Generation in diesem Land begreift, dass sie die Einlösung dieses Schecks aus dem Grundgesetz immer wieder neu von den Regierenden einfordern müssen. Immer wieder neu und nachhaltig einfordern!



"Abstellgleis Hartz IV"

von Hans-Jürgen Graf

Paperback, 112 Seiten,
ISBN: 978-3-8334-9136-8

für 13,00 Euro erhältlich in
Onlinebuchhandlungen und
über die ISBN-Nummer auch
über den örtlichen Buchhandel
beziehbar.



"Kurzgeschichten für jede Jahreszeit"

von Hans-Jürgen Graf und
Thomas, Michael Müller

Paperback, 52 Seiten
Preis 5,99 Euro
ISBN - 978-3-8370-2973-4
Erhältlich in den
Onlinebuchhandlungen und
unter der ISBN im
örtlichen Buchhandel

Impressum

"Horch amol" aus Franken

Unabhängige Zeitung für Hartz IV – Empfänger, Sozialhilfebezieher und andere verarmte Bürger

wird herausgegeben von:

Hans-Jürgen Graf

Leipziger Str. 4

90491 Nürnberg

Tel. 0170/6510213

"Horch amol" aus Franken

Unabhängige Zeitung für Hartz IV – Empfänger, Sozialhilfebezieher und andere verarmte Bürger ist eine Privatpublikation ohne Gewinnerzielungsabsicht.

V.i.S.d.P.: Hans-Jürgen Graf

Redaktion: Hans-Jürgen Graf, Thomas Michael Müller

Fremdbeiträge enthalten nicht automatisch die Meinung der Redaktion. Für die Inhalte des Fremdbeitrags ist der jeweilige Autor selbst verantwortlich. Rechtliche Informationen geben lediglich die persönliche Meinung des Autors wieder und stellen keine Form der Rechtsberatung dar.

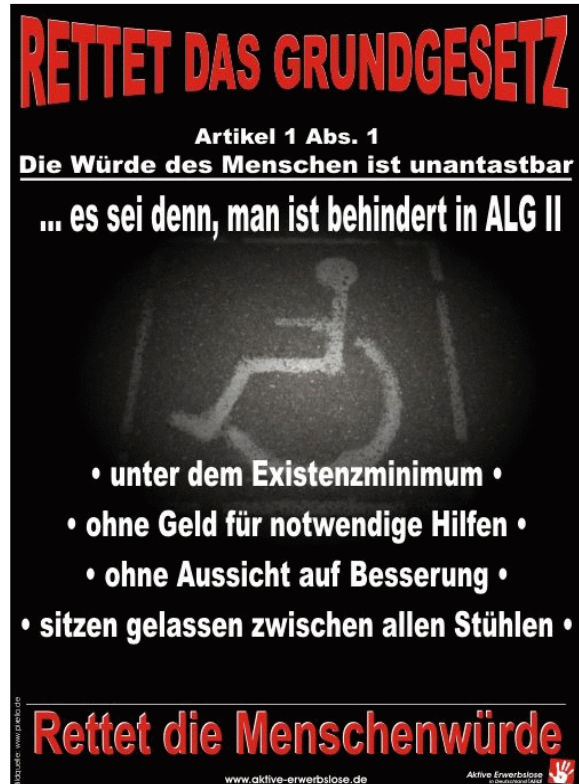
Ausgabe 001 (06. April 2008). Bei Werbehinweisen auf Seiten im Internet weise ich ausdrücklich darauf hin, dass es sich um Fremdseiten handelt an deren Herausgabe ich nicht beteiligt bin, und für deren Inhalte ich auch nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Behindert - Chronisch krank und ALG II

von **Hans-Jürgen Graf**

Nürnberg - Die Initiative "Aktive Erwerbslose" hat dieses Plakat (nebenstehend) entworfen. Im Grunde sagt es mit wenigen Worten, wie die Menschen mit Behinderung, chronischen Krankheiten in den gesetzlichen Regelungen des SGB II Berücksichtigung finden, wenn sie noch als erwerbsfähig gelten. Voll erwerbsfähig sind Personen, die zwischen 6 und bis über 8 Stunden täglich einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Als teilweise erwerbsgemindert gelten diejenigen, die nur noch zwischen 3 und 6 Stunden einer solchen Tätigkeit nachgehen können und als voll erwerbsgemindert finden sich die Personen wieder, die nur noch unter 3 Stunden täglich eine Erwerbstätigkeit ausüben können. Und dies über einen Zeitraum von mehr als 6 Monaten. Voll erwerbsgeminderte Menschen werden nicht mehr von der Arge oder dem Job-Center mit ALG II "versorgt", sie kommen in den dafür vorgesehenen Bereich der "Grundsicherung".

Vielfach unterliegen Nichtbetroffene und Betroffene einem fatalen Irrtum. Im SGB II gibt es tatsächlich sog. "Mehrbedarfe" für chronisch Kranke und Behinderte. Jedoch beim näheren Hinsehen stellt sich heraus, nicht für alle. Die Mehrbedarfe für kostenaufwändige Ernährung z. B. sollen zwar für die vom behandelnden Arzt bescheinigten Gesundheitsstörungen gewährt werden. Jedoch hat man auch hier wiederum eine Liste von Krankheiten zugrundegelegt für die man diesen Bedarf mit lächerlichen Beträgen berücksichtigt und gewährt (trotz Individualitätsprinzip im Sozialrecht) darüber hinaus vorerst keine Bedarfe. Mittlerweile geht die Rechtsprechung, zumindest hier in Nürnberg, dazu über diese Mehrbedarfe nicht mehr allein an die Verordnung des behandelnden Arztes geknüpft zu sehen, sondern auch an den tatsächlichen Mehraufwand für Nahrungsmittel. Mir selbst wurde in meinem Prozess gegen die Arge bezüglich des Mehrbedarfs gesagt, dass ich den tatsächlichen Bedarf nachweisen müsse. Auf meine Anfrage an die Richterin, wie das denn ausschauen soll, bekam ich keine Antwort. Nun so wurde nicht geklärt, ob ich denn nun wenn ich den Mehrbedarf will, jede einzelne Gurke, Tomate, Wurstscheibe aufschreiben soll?



Nun, im SGB II gibt es tatsächlich Mehrbedarfe für diese Menschen. Es gibt einen 35 %igen Aufschlag auf die Regelleistung für die Bezieher von ALG II, die behindert sind und sich in einer Reha-Maßnahme oder anderweitig geförderten Maßnahme nach SGB IX oder SGB XII befinden, also Förderleistungen des zuständigen Kostenträgers oder eines anderen Kostenträgers aus dem SGB beziehen. Es gibt mittlerweile auch Gerichtsurteile in denen auch Hilfebezieher, die nicht diese Voraussetzungen erfüllten, eine erhöhte Regelleistung bei Behinderung durchsetzen konnten. Jedoch eine tatsächlich ausformulierte Regelung im SGB II für diese Personen die zwar behindert sind, sicher auch einen erhöhten Bedarf monatlich haben, aber nicht in Förderung stehen, gibt es nicht. Für mich eine klare und deutliche Benachteiligung und Ausgrenzung.

Tja, so sehr ich auch meinen Medikamenten und meinen Behinderungen bzw. Krankheiten dies vorbehalte, so sehr ich es ihnen immer wieder erkläre dass es kein Geld zusätzlich gibt und ich sie mir einfach nicht mehr leisten kann. Sie wollen nicht hören, sie gehen nicht weg. Sie bleiben und piesacken mich Monat für Monat mehr. Dabei hat doch der Gesetzgeber klargestellt: Wer keine Eingliederungshilfe erhält und behindert ist, der bekommt nix zusätzlich weil er nix zusätzlich braucht.

Kfz.-Kennz. für Miltenberg	schweiz. Schriftsteller Dichter	amerik. Schauspieler	franz. Frau	Rundfunktender (Abk.)	Tonbezeichnung	Flüssigkeit	bi-bische Stätte	Ausruf	Naumburger Domfigur	Gewohnheit	Gralsritter	
			Finale			Furor						
Vorschrift				Indische Gottheit	Verwandter		Zeichen für: Radon		Gewichtseinheit		Internat. Kfz.-Z.f.: Dänemark	
Stadt in Frankreich			Tonbezeichnung	tropisch. Säugtier				bilden	Schriftstellerclub	Frankenfürst, -könig		
niedrig	Deckelgefäß	Kfz.-Kennz. für Tansania			Kfz. für Bad Schwabach	Stadt in NRW					Zeichen für: Krypton	
			Farberde	Überwurf		Kfz.-Kennz. für Regensburg	Zeichen für:	Tonbezeichnung		Himmelsrichtung (Abk.)	Tonbezeichnung	
Bibelteil		Immobilie						Zeichen für: Zink		Tierprodukt	Tonbezeichnung	
architektonischer Begriff	Volksgruppe-stamm	Nebenfluß d. Aare	übel		männl. Vorname		Zeichen für: Wasserstoff		Eulersche Zahl	Musiknote		
			Tonbezeichnung	Skatbegriff		griechischer Gott					Scherzwort f. ire	
Haarpflege	Kfz. für Verein. Arab. Emirate	Abk. für Millimeter	Fehlgeburt				Internat. Kfz.-Z.f.: Ungarn		Kfz.-Kennz. für Tettang	Internat. Kfz.-Z.f.: Luxemburg	Präposition	Zeichen für: Germanium
				griech. Buchstabe		Nebenfluß d. Wolga						
gleichermaßen			feine Lederorte				Teil d. Bibel			Honigbier		

1	2	3	4	5	6	7	8	9
---	---	---	---	---	---	---	---	---

Entdeckung des Radiums	Beginn der Romanik	Vorwahl Köln	Schulnote gut	Anzahl der Tage eines Jahres	Lichtquantentheorie Einstein	Vorwahl Berlin	
				Spieler einer Fußballmannsch.	97 + 816		
Wochen in einem Jahr		Beginn d. Renaissance			627 + 201		
Vorwahl Essen				3496 + 6057	52 + 6	38 + 48	
Tage im Dezember	Schulnote sehr gut		Tage in einer Woche	Dauer e. Fußballspiels in Min.	Tage im Februar		
		15 + 55		Schulnote mangelhaft	12 + 29	48 + 38	
Beginn der Romantik	Spieler einer Handballmannsch.		Vorwahl Oldenburg			1 + 1	4 + 5
				Tage im Januar		Tage i. Februar Schaltjahr	

1	2	3	4
---	---	---	---